

Antwort der Partei Team Stronach:

Danke für ihre Mail vom 5. Juli 2013 und Ihren Fragenkatalog an das Team Stronach.

Wie sie selbst in Ihrem Schreiben betonen, sind die Gründe für Frauen und insbesondere Migrantinnen um gewaltfrei leben zu können, äußerst vielfältig. Betrachtet man Ihren Fragenkatalog, so sehen Sie Ihre Hauptaufgabe darin, auf Fehler in der Gesellschaft zu reagieren. Das wird jedoch unserer Meinung nach ohne einen radikalen gesellschaftlichen Wandel von allen beteiligten in die Richtung eines „Miteinanders“ nicht möglich sein. Vorrangig ist die rasche Eingliederung in die Gesellschaft, und insbesondere die Wertegemeinschaft. Das ist für uns der wichtigste Lösungsansatz von allen, der hilft, die von Ihnen aufgezeigten Probleme zu beseitigen.

Wir dürfen Ihnen dazu mit den Worten unseres Parteigründers Frank Stronach aus seinem Buch „Franks World“ antworten, da es nur so wirklich klar und konkret ausgesprochen werden kann, worauf wir die Grundfesten unserer Partei bauen:

Frank Stronach 2012: „Aufgrund meiner persönlichen Geschichte kann ich verstehen, wenn jemand in ein anderes Land geht, um bessere Chancen für sich und seine Familie zu haben, weil ein Land zum Beispiel über eine demokratische, offene Gesellschaftsform verfügt. Es ist aber eine Frage des Respekts vor jenem Land und seinen Menschen, in welches man zuwandert, dass man bereit ist, die dort geltenden Gesetze, Normen sowie Regeln für gesellschaftliches Zusammenleben zu akzeptieren. Dies beginnt zuallererst bei der Sprache. Es müsse ja schon im Eigeninteresse jedes Zuwanderers liegen, die Landessprache schnell zu erlernen, weil sie die Voraussetzung darstellt, am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilzunehmen. Hier hat die Politik in den letzten Jahren viel versäumt, keine klaren Regeln geschaffen und nicht dafür gesorgt, dass die Beherrschung der Sprache eine Voraussetzung darstellt, um im Land zu bleiben. Diese Versäumnisse führen jetzt zu sozialen Problemen und Kosten. Weshalb soll die Allgemeinheit nun die Kosten für Sprachkurse tragen, weil es jahrelang nicht verpflichtend war, Deutsch zu lernen?

Wir haben aber keine Alternative dazu, wenn wir vermeiden wollen, dass die Probleme an Schulen noch größer werden und jene, die sich keine Privatschule leisten können, weiter benachteiligt werden. Ebenso wichtige Fragen sind Gesellschaftsform und Kultur. Solange diese Grundvoraussetzungen – von welcher Seite auch immer – nicht akzeptiert werden, werden wir immer mit Spannungen und sozialen Problemen konfrontiert sein, die einem friedlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion im Wege stehen.

Diese Probleme werden nicht geringer, weil die voranschreitende Globalisierung auch dazu führt, dass es immer mehr Menschen geben wird, die die Heimat verlassen und in andere Länder gehen, wo sie bessere Möglichkeiten und ökonomische Chancen für sich sehen.

In westlichen Ländern treten bei der Integration von Zuwanderern immer öfter Probleme auf, die im Zusammenhang mit Religion stehen. Dabei geht es häufig nicht nur um neu zugewanderte Menschen, sondern auch um jene, die bereits die zweite oder dritte Generation bilden und die somit schon im jeweiligen Land geboren wurden. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass ich Verallgemeinerungen strikt ablehne und nur jene anspreche, die sich – aus welchen Gründen auch immer - bewusst nicht integrieren wollen, unsere Gesellschaftsform und ihre Grundregeln ablehnen und die Religion dabei als Vorwand verwenden.

In westlichen Demokratien sind Staat und Religion getrennt, und es wird durch Verfassungen und Menschenrechtschartas sichergestellt, dass jeder Mensch seinen Glauben frei wählen und ausleben kann. Dies ist eine wichtige Errungenschaft, die wir schützen und bewahren müssen und die besonders jene als positiv empfinden müssten, die aus solchen Ländern kommen, wo diese gesellschaftliche Freiheit nicht gegeben ist. Jeder soll seinen Glauben im privaten Bereich ausleben können, muss aber – wenn er in Österreich leben möchte – die bei uns geltenden Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens akzeptieren und einhalten. Dies sicherzustellen ist für mich eine der wesentlichen Aufgaben der Politik. Sonst besteht die Gefahr, dass Konflikte größer werden und sich das Land in eine Richtung verändert, die nicht im Sinne jener sein kann, die gerne hier leben, weil ihnen unsere Form von Demokratie und Kultur gefällt.“